

**Stadt Bergisch Gladbach**  
**Der Bürgermeister**

Datum  
**17.10.2011**  
Ausschussbetreuender Fachbereich  
**Angelegenheiten der Gemeindeverfassung /  
Ratsbüro**  
Schriftführung  
Christian Ruhe  
Telefon-Nr.  
**02202-142237**

## **Niederschrift**

**Haupt- und Finanzausschuss**  
**Sitzung am Mittwoch, 31.08.2011**

Sitzungsort

**Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach**

Sitzungsdauer (Uhrzeit von / bis)

**17:01 Uhr - 18:14 Uhr**

Unterbrechungen (Uhrzeit von / bis)

Keine

### **Sitzungsteilnehmer**

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

### **Tagesordnung**

#### **A Öffentlicher Teil**

- 1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung – öffentlicher Teil**
- 3. Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 4. Maßnahmen zur Einhaltung des Korridors freiwilliger Leistungen 2011  
0412/2011**
- 5. Anträge der Fraktionen**
- 6. Anfragen der Ausschussmitglieder**



## **Protokollierung**

### **A Öffentlicher Teil**

#### **1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ratsmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Haupt- und Finanzausschusses, Herr Bürgermeister Urbach, eröffnet um 17:01 Uhr die zwölfte Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses in der achten Wahlperiode. Er stellt fest, dass der Haupt- und Finanzausschuss ordnungsgemäß einberufen wurde und beschlussfähig ist. Für die Sitzung haben sich Herr Haasbach, Herr Mömkes (beide CDU), Herr Hoffstadt, Herr Kleine, Herr Zalfen (alle SPD), Herr Lang (DIE LINKE./BfBB), und Herr Kamp (Freie Wähler) entschuldigt. Sie werden vertreten durch Herrn Höring, Herrn Kraus (beide CDU), Frau Schöttler-Fuchs, Herrn Komenda, Herrn Kreutz (alle SPD), Herrn Santillán (DIE LINKE./BfBB), und Herrn Mörs (Freie Wähler). Herr Schütz (KIDitiative) ist ab 17:20 Uhr anwesend.

Herr Urbach benennt daraufhin die für die Sitzung relevanten Unterlagen:

- die Einladung vom 19.08.2011 mit der dazugehörigen Vorlage.

Herr Urbach erläutert, mit Schreiben vom 11.08.2011 – beim Bürgermeister eingegangen am 17.08.2011 – hätten die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die Fraktion DIE LINKE./BfBB und die Fraktion Freie Wähler gemäß § 1 Absatz 1 Satz 2 in Verbindung mit § 28 der Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Bergisch Gladbach die unverzügliche Einberufung des Haupt- und Finanzausschusses beantragt, damit der Ausschuss Maßnahmen zur Einhaltung des Korridors freiwilliger Leistungen 2011 beraten könne, die der Bürgermeister dem Landrat in einem Gespräch am 05.09.2011 vorzuschlagen beabsichtige. Die Verwaltung hätte diesbezüglich beabsichtigt, den Rat nach dem benannten Gespräch mit der Kommunalaufsicht über die Gesprächsergebnisse und die darauf folgende Sperre über die Inanspruchnahme von Ermächtigungen zu informieren, die der Rat dann hätte ggf. ändern oder wieder aufheben können. In pflichtgemäßer Berücksichtigung des bezeichneten Antrages habe er jedoch die heutige Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses einberufen.

#### **2. Genehmigung der Niederschrift aus der vergangenen Sitzung - öffentlicher Teil**

**Die Niederschrift über die Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 14.07.2011 – öffentlicher Teil – wird genehmigt.**

#### **3. Mitteilungen des Bürgermeisters**

**Es liegen keine Mitteilungen des Bürgermeisters für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.**

#### **4. Maßnahmen zur Einhaltung des Korridors freiwilliger Leistungen 2011 *0412/2011***

Herr Urbach schlägt unter Bezugnahme auf die Vorlage vor, dass der Haupt- und Finanzausschuss eine Empfehlung an den Kämmerer aussprechen könne, welche Ermächtigungen gesperrt werden sollten. Der Kämmerer werde das Votum des Haupt- und Finanzausschusses als bindend ansehen und eine entsprechende haushaltswirtschaftliche Sperre erlassen. Die Verwaltung werde den Rat dann gemäß § 24 Absatz 2 Satz 1 der Gemeindehaushaltsverordnung für das Land Nordrhein-

Westfalen über die erlassene haushaltswirtschaftliche Sperre unterrichten. Der Rat hätte dann noch die Möglichkeit, über die haushaltswirtschaftliche Sperre zu diskutieren und endgültig zu entscheiden. Zur Begründung und Erfüllung des Verlangens gemäß § 29 Absatz 4 Satz 2 der Geschäftsordnung, dass der Bürgermeister zu dieser Thematik Stellung nehmen möge, verweist Herr Urbach auf die Sachdarstellung in der Vorlage.

Herr Mumdey ergänzt, der Rat habe bekanntlich ein Haushaltssicherungskonzept (HSK) beschlossen. Als sich abgezeichnet habe, dass die Umsetzung des HSK auf Grund bestimmter Entwicklungen schwierig würde, habe die Verwaltung die zuständigen Gremien darüber informiert und Beschlussempfehlungen vorbehaltlich der Zustimmung der Kommunalaufsicht unterbreitet; der Ausschuss für Bildung, Kultur, Schule und Sport und der Rat hätten dann entsprechende Entscheidungen getroffen. Die Kommunalaufsicht sei nicht bereit gewesen, eine Überschreitung des Korridors hinzunehmen, was auch nicht zu beanstanden sei. Er sei von der Kommunalaufsicht in einem ersten Gespräch aufgefordert worden, ca. 100.000,- EUR einzubehalten. Dieses Gespräch solle am 05.09.2011 fortgesetzt werden. Er habe sofort die entsprechenden Sondierungen veranlasst und auch entsprechende Möglichkeiten gefunden, an welchen Stellen Ermächtigungen gesperrt werden könnten, ohne dass dies ernsthafte negative Auswirkungen entfalte. Diese Möglichkeiten seien in der Vorlage dargestellt. Rechtlich sei der Kämmerer befugt, eine haushaltswirtschaftliche Sperre zu erlassen und anschließend den Rat darüber zu unterrichten, der die Sperre seinerseits wieder aufheben könne. Herr Mumdey dementiert Presseberichte, nach denen Leistungen im Rahmen des Löwenpasses zu Gunsten des Kulturbereiches gekürzt würden. Die vom FB 5 angebotenen Positionen seien darin begründet, dass auf Grund einer gesetzlichen Neuregelung Mittel in Höhe von 10.000,- EUR für den Löwenpass und auf Grund von geringerer Nachfrage Mittel in Höhe von 14.000,- EUR für die Spielgruppen nicht mehr benötigt würden, was sich jedoch nicht negativ auf die Leistungen der Produkte auswirken werde. Die vorgeschlagene Sperre sei damit sozial verträglich. Die vorgeschlagene Sperre im Bereich Kulturförderung sei darin begründet, dass sich im Rahmen einer Überprüfung herausgestellt habe, dass sich die Arbeitsanteile der Stelle verändert hätten, was auch nicht ungewöhnlich sei. Bezüglich dieses Vorschlages bestehe aber ein gewisses „Restrisiko“, da dadurch der Korridor insgesamt verändert würde. Die Verwaltung habe dies noch nicht mit der Kommunalaufsicht abstimmen können. Er unterbreite daher für den Fall einer Ablehnung des Vorschlages durch den Landrat die folgenden alternativen Vorschläge: Städtepartnerschaften 1.500,- EUR, Werbung 1.500,- EUR, Repräsentationen 1.000,- EUR, Veranstaltungen Kultur 2.000,- EUR, Museum Bensberg 2.000,- EUR, gesamt 8.000,- EUR, die ohne ernsthafte Einschnitte gesperrt werden könnten. Er schlage vor, die Sperre ggf. mit diesen Änderungen zu verhängen, werde aber auch andere Vorschläge als verbindlich ansehen.

Herr Waldschmidt begründet den gemeinsamen Antrag zur Einberufung einer Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses. Es sei nicht akzeptabel, dass die Ratsmitglieder aus der Presse erfahren würden, welche Verhandlungen der Bürgermeister mit dem Landrat über den städtischen Haushalt führe. Die Einberufung der heutigen Sitzung wäre vielleicht nicht erforderlich gewesen, wenn der Bürgermeister die Fraktionen frühzeitig informiert und diesen die Möglichkeit zur Meinungsäußerung eingeräumt hätte. Das diesbezügliche Vorgehen des Bürgermeisters gleiche der Informationspolitik der Verwaltung in Sachen Regionale 2010. Er sei verwundert, dass die Verwaltung Personalkosten nunmehr dem pflichtigen Bereich zuordne, die vorher dem freiwilligen Bereich zugeordnet worden seien. Die Ausschussbetreuung sei der Stelle auch zu Beginn des Haushaltsjahres schon zugeordnet gewesen. Dies lege die Vermutung nahe, dass im Korridor weitere eigentlich pflichtige Leistungen enthalten seien. Er fordere die Verwaltung auf, den Korridor vor diesem Hintergrund intensiv zu überprüfen, insbesondere auch mit dem Ziel des Erhaltes von Seniorenbegegnungsstätten. Die von der Verwaltung vorgeschlagenen Sperren beträfen im Wesentlichen wieder den Sozialbereich, was aus Sicht der SPD-Fraktion – die den Korridor schon vorher als insgesamt sozial unausgewogen erachtet habe – nicht akzeptabel sei. Der Löwenpass sichere Menschen mit geringen Einkommen die Teilnahme am kulturellen und sozialen Leben, und die Leistungen dürften nicht weiter eingeschränkt werden. Herr Waldschmidt beantragt

für die SPD-Fraktion, von den unter dem Produkt 001.130.010 bereitgestellten Mitteln in Höhe von gesamt ca. 33.000,- EUR („Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Stadtgrafiker, Werbung, Repräsentationen“) 10.000,- EUR zu sperren und auf die Sperre im Produkt „Löwenpass“ in gleicher Höhe zu verzichten.

Herr Urbach entgegnet, die Verwaltung habe das beabsichtigte Vorgehen – in dem er keine unzureichende Information der Ratsmitglieder erkennen könne – umfänglich dargestellt. Es sei geplant gewesen, nach dem zweiten Gespräch mit der Kommunalaufsicht die Ratsgremien zu beteiligen, wenn Sicherheit dazu bestanden hätte, ob der von der Stadt Bergisch Gladbach vorgeschlagene Weg von der Kommunalaufsicht akzeptiert werde. Bezüglich des Antrages zur Verhängung einer Sperre im Produkt Repräsentation entgegnet Herr Urbach, die Stadt verhalte sich in Bezug auf die Repräsentationen schon jetzt sehr maßvoll; dies sei auch in der Vergangenheit der Fall gewesen. Er glaube, dass Herrn Waldschmidt bekannt sei, wie die Informationen im vorliegenden Fall an die Presse gelangt seien.

Herr Mumdey ergänzt, der Korridor sei noch zwischen seinem Amtsvorgänger und dem Amtsvorgänger des jetzigen Bürgermeisters mit der Kommunalaufsicht ausgehandelt worden. Er habe in der Vergangenheit bereits mehrfach Korrekturen vornehmen müssen; u.a. bezüglich der Kindertagesstätten. Die vorgeschlagenen Sperren für die Produkte des FB 5 würden keine negativen Auswirkungen auf die Leistungen der Produkte entfalten. Bezüglich der Seniorenbegegnungsstätten habe die Verwaltung den diesbezüglichen Ratsbeschluss ausgeführt. Bei insgesamt mehr als 1.000 Mitarbeitern sei es auch absolut nicht ungewöhnlich, dass kleinere Veränderungen zwischen den freiwilligen und den pflichtigen Anteilen einer Stelle nicht in jedem Fall kurzfristig erfasst würden. Die Verwaltung habe nach dem ersten Gespräch mit der Kommunalaufsicht die Korridorpositionen auch bezüglich möglicherweise pflichtiger Anteile gründlich überprüft.

Herr Santillán erläutert, der Kreis habe ihm zurückerstattete Mittel nicht in voller Höhe an die Kommunen ausgeschüttet, sondern zur eigenen Entschuldung einbehalten. Diese Mittel hätte die Stadt Bergisch Gladbach zur Erfüllung ihrer Aufgaben gut gebrauchen können und die Erstattung einfordern sollen. Es sei skandalös, dass der Landrat vor diesem Hintergrund von der Stadt nun die Verhängung haushaltswirtschaftlicher Sperren fordere. Herr Santillán fragt, ob sich die verbesserte Einnahmesituation auf den Korridor auswirke – was von Herrn Mumdey umgehend verneint wird – und warum die Personalkosten der Regionale 2010 nicht als freiwillige, sondern als pflichtige Leistungen gewertet würden. Die Stadt Bergisch Gladbach liefere – vermutlich bewusst – von sich aus auf ihrer Homepage keinerlei Informationen zum Löwenpass und die diesbezüglich vorgeschlagene Sperre sei eine Unverschämtheit. Die Leistung müsse vielmehr ausgebaut werden. Die für das Produkt Zuschuss Bürgerzentrum Refrath vorgeschlagene Sperre würde entgegen der Aussage des Kämmersers sehr wohl erhebliche Beeinträchtigungen für den Trägerverein nach sich ziehen.

Herr Mumdey entgegnet, dies sei nicht der Fall, da es sich bei den Mitteln in Höhe von 5.000,- EUR um eine „Rückversicherung“ für den Trägerverein handele. Der Verein habe jedoch im vergangenen Jahr ausgeglichen gewirtschaftet, weshalb diese Mittel diesjährig nicht abgerufen würden und deshalb gesperrt werden könnten. Den unterstellten „Eventualvorsatz“ des FB 5 bezüglich des Löwenpasses weise er zurück. Dies könne aber von Herr Santillán in den zuständigen Fachausschuss eingebracht und dort erörtert werden. Nicht jede freiwillige Leistung sei automatisch eine Korridorposition, sondern nur dann, wenn dies so verhandelt werde und der Rat entsprechend beschließe. Ersteres gelte z.B. für die unentgeltliche Überlassung städtischer Grundstücke für Sportvereine, den Zuschuss an die Stadtverkehrsgesellschaft oder die Regionale 2010. Zu der ersten Frage von Herrn Santillán wolle er sich nicht äußern.

Herr Dr. Fischer äußert die Zustimmung der FDP-Fraktion zu den Vorschlägen der Verwaltung. Bezüglich der Aussage von Herrn Waldschmidt entgegnet Herr Dr. Fischer, ca. 27% der gesperrten

Mittel betreffen den Sozialbereich, ca. 20% den Bereich Verkehr und der übrige Anteil den Kulturbereich. Die FDP-Fraktion schlägt vor, zur Vermeidung von „Sondersitzungen“ künftig frühzeitig über absehbar notwendig werdende haushaltswirtschaftliche Sperren zu beraten.

Herr Dr. Baeumle-Courth erläutert, die heutige Debatte befasse sich inhaltlich nicht mit der Haushaltskonsolidierung, sondern mit einer haushaltswirtschaftlichen Sperre, die vor Allem deshalb formal notwendig geworden sei, weil die Übertragung der Trägerschaft über die Villa Zanders nicht gelungen sei. Es sei unwürdig, dass die Ratsmitglieder von der geplanten haushaltswirtschaftlichen Sperre aus der Zeitung erfahren hätten, wodurch die Beantragung der heutigen „Sondersitzung“ gerechtfertigt sei. Die Stadt sei gehalten, ihre Planungen für die Folgejahre einzuhalten und sich intensiver mit der Haushaltskonsolidierung – z.B. auch zum Thema Parkraumbewirtschaftung – zu befassen. Herr Dr. Baeumle-Courth fragt zur vorgeschlagenen Sperre zum Produkt 004.410.010, wie die Verwaltung den Anteil von 20% ermittelt habe und ob es nicht sinnvoll wäre, dass die Verwaltung alle Stellen bezüglich möglicherweise weiteren pflichtigen Aufwandes prüfe. Zudem bittet er um nähere Informationen zu der vorgeschlagenen Sperre zum Produkt 004.420.010.

Herr Komenda fragt, warum der Bürgermeister den Rat nicht vorab über die geplanten Sperren informiert habe.

Herr Urbach antwortet, die laufende Information sei gewährleistet. Eine Möglichkeit, noch höhere Transparenz herzustellen, als vorliegend geschehen, sei ihm nicht ersichtlich. Die Verwaltung habe aber zunächst das Gespräch mit der Kommunalaufsicht führen wollen. Danach hätten den Ratsmitgliedern auch Informationen über die Auffassung der Kommunalaufsicht zur Verfügung gestellt werden können. Dies sei zum jetzigen Zeitpunkt jedoch nicht detaillierter möglich.

Herr Mumdey antwortet auf die Fragen von Herrn Dr. Baeumle-Courth, der Anteil von 20% bezüglich der vorgeschlagenen Sperre zum Produkt 004.410.010 sei durch eine Arbeitsplatzbeschreibung ermittelt worden. Der FB 4 sei zu Beginn des Jahres aufgefordert worden, für alle Stellen des FB 4 Arbeitsplatzbeschreibungen zu erstellen, was derzeit abgearbeitet werde. Eine Kompensation des krankheitsbedingten Ausfalls einer Mitarbeiterin in der Stadtbücherei habe er abgelehnt, wodurch die für das Produkt 004.420.010 vorgeschlagene Sperre möglich geworden sei. Es sei die Tendenz erkennbar, dass der Korridor im kommenden Jahr weiter reduziert werden müsse. Die Ratsmitglieder sollten sich daher, insbesondere sofern sie weitere Kürzungen im Sozialbereich ablehnen würden, frühzeitig mit den Kürzungsmöglichkeiten in anderen Bereichen befassen. Die Verwaltung habe in den vergangenen Sitzungen des Ausschusses für Bildung, Kultur, Schule und Sport und des Rates in mehreren Vorlagen darauf hingewiesen, dass der Korridor 2011 nicht eingehalten werden könne.

Herr Nagelschmidt erläutert, dies sei tatsächlich jedem klar gewesen. Die von der SPD-Fraktion initiierte „Sondersitzung“ des Haupt- und Finanzausschusses sei völlig überflüssig, da sie keine neuen Erkenntnisse und Ergebnisse liefere. Zudem seien der Presse offensichtlich aus politischem Kalkül Fehlinformationen übermittelt worden. Der Haupt- und Finanzausschuss solle sich besser mit dem Korridor für das Haushaltsjahr 2012 befassen.

Herr Waldschmidt entgegnet, dass sich der Ausschuss vor dem Hintergrund der Verfahrensweise des Bürgermeisters mit dem Korridor für das Haushaltsjahr 2012 noch gar nicht befassen könne. Er erwarte, dass der Bürgermeister dem Rat umsetzbare Vorschläge unterbreite, was für viele der bisherigen Vorschläge nicht erfüllt gewesen sei.

Herr Urbach entgegnet, die SPD-Fraktion wolle an keiner Stelle Einsparungen zustimmen. Es liege in der Natur eines HSK, dass nicht alle vorgeschlagenen Maßnahmen sich als rechtzeitig oder als überhaupt umsetzbar erweisen. Bezüglich z.B. der Villa Zanders hätten die Gespräche bisher nicht

zum Erfolg geführt; dies könne sich aber durchaus ändern. Deshalb solle auch diese HSK-Maßnahme weiter verfolgt und nicht aufgegeben werden.

Herr Kraus bekräftigt die Ausführungen von Herrn Nagelschmidt. Die SPD-Fraktion stelle auch in der heutigen Sitzung Inhalte falsch dar, was sich in deren Kommunalpolitik der vergangenen Jahre insgesamt widerspiegle. Die SPD-Fraktion solle zu einer sachlichen Diskussion und konstruktiven Mitarbeit zurückkehren.

Frau Lehnert ergänzt, mit der vorgeschlagenen haushaltswirtschaftlichen Sperre würden keine Sparmaßnahmen eingeleitet, sondern lediglich Mittel gesperrt, auf deren Verwendung nach glaubhafter Darstellung des Kämmerers verzichtet werden könne. Da daraus keinerlei Nachteile entstünden, könne sie die Aufregung der SPD-Fraktion nicht nachvollziehen.

Herr Santillán erläutert, es gehe tatsächlich nicht um Sparmaßnahmen, sondern vielmehr um Kürzungen. Es sei mittlerweile ein übliches Verfahren, dass die Verwaltung Verhandlungen führe und dem Rat anschließend Ergebnisse präsentiere, auf die dieser dann nicht mehr gestaltend Einfluss nehmen könne, da eine Ratsmehrheit den Vorschlägen der Verwaltung folge. Daher sei es richtig, dass sich der Haupt- und Finanzausschuss heute beratend mit den Vorschlägen, die der Bürgermeister dem Landrat unterbreiten wolle, befasse. Dies wäre sonst wohl nicht mehr möglich gewesen. Der beabsichtigte Effekt des Bildungs- und Teilhabepaketes werde verhindert, wenn die Stadt Bergisch Gladbach dafür an anderer Stelle – wie dem Produkt Löwenpass – Kürzungen vornehme. Der Löwenpass müsse stattdessen intensiver öffentlich dargestellt und mit mehr Mitteln ausgestattet werden. Demgegenüber würden sich allein die Personalkosten der Regionale 2010 auf mittlerweile über 1,3 Mio. EUR belaufen, die die Stadt zu tragen habe. Der Antrag der SPD-Fraktion, Mittel aus dem Produkt Repräsentationen zu sperren, sei richtig.

Herr Mumdey antwortet, die nennenswerten Konsolidierungspotentiale lägen tatsächlich nicht im Bereich der freiwilligen Leistungen. Er erhoffe sich vor dem Hintergrund der laufenden Diskussion eine intensive Befassung des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung mit den in fast allen Fachbereichen in sechs- bis siebenstelliger Höhe vorhandenen Einsparvolumina. Deren öffentliche Vermittlung würde für die Politik nämlich teilweise nicht angenehm. Die Personalkosten der Regionale seien nicht im Korridor freiwilliger Leistungen enthalten und daher nicht Gegenstand der heutigen Sitzung.

Auch Herr Schütz äußert Zweifel an der Sinnhaftigkeit der heutigen Sitzung. Bei wichtigen Entscheidungen müssten die zuständigen Gremien aber gehört werden. In den vergangenen Jahren und Jahrzehnten seien strukturelle Fehler begangen worden, denen sich der Rat im Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung annehmen solle.

Herr Urbach lässt daraufhin über den Antrag der SPD-Fraktion, von den unter dem Produkt 001.130.010 bereitgestellten Mitteln in Höhe von gesamt ca. 33.000,- EUR („Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen Stadtgrafiker, Werbung, Repräsentationen“) 10.000,- EUR zu sperren und auf die Sperre im Produkt „Löwenpass“ in gleicher Höhe zu verzichten.

**Für den Antrag der SPD-Fraktion stimmen die SPD und DIE LINKE./BfBB. Mit den Gegenstimmen von CDU, FDP und Bürgermeister wird der Antrag bei Enthaltung von Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehrheitlich abgelehnt.**

Herr Urbach lässt daraufhin über den Beschlussvorschlag der Verwaltung in der Fassung der Vorlage unter Berücksichtigung der vom Kämmerer vorgeschlagenen Modifikationen abstimmen.

Der Haupt- und Finanzausschuss fasst mehrheitlich mit den Stimmen von CDU, FDP und Bürgermeister gegen die Stimmen von SPD und DIE LINKE./BfBB bei Enthaltung der KIDinitiative folgenden **ergänzten Beschluss**:

**Der Haupt- und Finanzausschuss empfiehlt dem Kämmerer, eine haushaltswirtschaftliche Sperre entsprechend Anlage 3 der Vorlage unter Berücksichtigung der vom Kämmerer vorgeschlagenen Modifikationen zu erlassen. Der Rat ist in seiner Sitzung am 18.10.2011 über die erlassene haushaltswirtschaftliche Sperre zu unterrichten.**

Im Rahmen einer persönlichen Erklärung weist Herr Waldschmidt eine Aussage des Bürgermeisters – die von Herrn Nagelschmidt wiederholt worden sei – zurück, er habe die Presse über die Gespräche zwischen dem Landrat und dem Bürgermeister informiert. Er habe vor der bezeichneten Presseberichterstattung niemals mit dritten, nicht bei der Verwaltung beschäftigten Personen, über diese Thematik gesprochen. Er fordere den Bürgermeister auf, derartige Unterstellungen künftig zu unterlassen.

Herr Urbach erläutert, er habe darauf hinweisen wollen, dass es ihm bekannt sei, dass Herr Mumdey Herrn Waldschmidt über das Gespräch mit dem Landrat informiert habe.

## **5. Anträge der Fraktionen**

**Es liegen keine Anträge der Fraktionen für den öffentlichen Teil der Sitzung vor.**

## **6. Anfragen der Ausschussmitglieder**

### Frau Lehnert: Anfrage zum Haushalt

Frau Lehnert fragt, ob die Verwaltung die Ratsmitglieder mit der Einbringung des Haushaltes auch über die Ist-Stände der Ausgabepositionen des laufenden Haushaltsjahres informieren könne.

Herr Mumdey weist darauf hin, dass die Information über das voraussichtliche Jahresergebnis mit dem Controllingbericht zur Verfügung gestellt werde. Eine separate Aufstellung der Ist-Stände aller Ausgabepositionen wäre zu umfangreich.

Herr Urbach ergänzt, die Verwaltung werde sondieren, ob sie den Fraktionen eventuell nach dem Controllingbericht weitere Informationen zur Verfügung stellen könne.

### Herr Ziffus: Anfrage zu den Steuerhebesätzen

Herr Ziffus fragt, wie sich die Nothilfe des Landes Nordrhein-Westfalen für die von der Überschuldung bedrohte Gemeinde Kürten und die damit zu erwartenden Steuerhebesatzerhöhungen auf das Gefüge der Steuerhebesätze im Rheinisch-Bergischen Kreis auswirken werde.

Herr Urbach antwortet, mit der Hilfestellung seien schwer erfüllbare Auflagen und Bedingungen verbunden. Die betreffenden Gemeinden würden die Hilfe daher wohl nicht unüberlegt in Anspruch nehmen.

Herr Mumdey ergänzt, der Stadt Bergisch Gladbach drohe keine ernsthafte Überschuldung und daher würden auch keine Überlegungen über eine Inanspruchnahme der Nothilfe des Landes angestellt.



Herr Ziffus: Anfrage zur Gewinn- und Verlustrechnung

Herr Ziffus bittet um Mitteilung des aktuellen Sachstandes bezüglich der Entwicklung der „großen Haushaltspositionen“ der Stadt Bergisch Gladbach.

Herr Mumdey antwortet, bezüglich der Einnahmen aus Schlüsselzuweisungen bestehe ein Minus von 4 Mio. EUR; die Einnahmen aus Einkommensteuer hätten Mitte des Jahres um ca. 2 Mio. EUR höher gelegen, als erwartet. Er hoffe, dass sich die Mehr- und Mindereinnahmen dieser Positionen am Ende in etwa ausgleichen würden. Bezüglich der Gewerbesteuereinnahmen habe im April ein Minus von 9 Mio. EUR bestanden, das sich zwischenzeitlich auf 7 Mio. EUR und mittlerweile auf 2,1 Mio. EUR verringert habe. Zum Jahresende würden sich diesbezüglich erfahrungsgemäß Einnahmesteigerungen einstellen. Im Sozialbereich, insbesondere der Hilfe zur Erziehung, seien bisher keine Überschreitungen ersichtlich.

Herr Komenda: Anfrage zu den Kosten der Ausschüsse und der stellvertretenden Bürgermeister

Herr Komenda fragt, welche Kosten der Stadt Bergisch Gladbach durch die Vergrößerung der Ausschüsse und den zusätzlichen stellvertretenden Bürgermeister entstünden.

Herr Santillán fragt ergänzend, wie häufig die ehrenamtlichen Bürgermeister überhaupt eingesetzt würden und ob die Aufwandentschädigungen gerechtfertigt seien.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Komenda: Anfrage zum Kulturhaus Zanders

Herr Komenda bittet um Mitteilung des Sachstandes der Verhandlungen zum Kulturhaus Zanders.

Herr Urbach verweist auf eine schriftliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Waldschmidt: Anfrage zum Arbeitskreis Haushaltskonsolidierung

Herr Waldschmidt fragt, ob die Verwaltung den Mitgliedern des Arbeitskreises Haushaltskonsolidierung – ergänzend zu den kürzlich übersandten Unterlagen – noch aussagekräftigere Unterlagen zur Verfügung stellen werde. Eine detaillierte Bezifferung der Einsparvolumina der Vorschläge sei für die Beratungen erforderlich.

Herr Mumdey antwortet, dies könne die Verwaltung personell nicht leisten. Die Fraktionen sollten zunächst signalisieren, welche der allgemein bekannten größeren Einsparpotentiale sie ernsthaft ausschöpfen wollen. Dann könne die Verwaltung dazu detailliertere Informationen erarbeiten.

Herr Waldschmidt äußert die Erwartung, nähere Informationen über die Einsparpotentiale im sechsstelligen Bereich zu erhalten. Dies gelte insbesondere für die von der SPD-Fraktion beantragte Zusammenlegung der Bauhöfe. Der ablehnende Hinweis der Verwaltung auf dadurch notwendig werdende „erhebliche Investitionen“ sei nicht ausreichend.

Herr Mumdey antwortet, er werde bei der verwaltungsinternen Arbeitsgruppe den aktuellen Sachstand erfragen.

Herr Santillán: Anfrage zum Haushalt

Herr Santillán fragt, aus welcher Rechtsnorm sich das Recht des Landrates ergebe, von den Gemeinden einen „Sparkorridor“ zu verlangen, welchen Vorteil die Stadt von dem „Sparkorridor“ habe und auf welche Sanktionsmöglichkeiten der Landrat bei Nichteinhaltung zurückgreifen könne.

Herr Urbach antwortet, die Stadt Bergisch Gladbach befinde sich in der vorläufigen Haushaltsführung und dürfte damit nach der Gemeindeordnung NRW keine freiwilligen Leistungen erbringen. Auf Grund der Dauerhaftigkeit dieser Situation dulde der Landrat aber die Übernahme

freiwilliger Leistungen bis zu einem bestimmten Betrag. Rechtsgrundlagen dafür seien die Gemeindeordnung NRW und diesbezügliche ministerielle Erlasse.

Herr Mumdey ergänzt, in letzter Konsequenz könnte der Landrat die Genehmigung für die Übernahme freiwilliger Leistungen ganz verweigern.

Herr Urbach schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 18:14 Uhr.